

Historische Etappen antijüdischer Politik

Vorgeschichte

1807–1813: Juden erhalten in vielen Regionen des heutigen Deutschland die rechtliche Gleichstellung (Im napoleonischen „Modellstaat“ Westfalen sichert das Emmanzipationsdekret am 27. Januar 1808 der jüdischen Bevölkerung die uneingeschränkte Gleichstellung zu). Antijudaismus bleibt jedoch ein weitverbreitetes Phänomen. Viele Gleichstellungserlasse werden später revidiert.

1871: Endgültige rechtliche Gleichstellung der Juden im Zuge der Reichsgründung. Vielen gelingt der Aufstieg in hohe gesellschaftliche Positionen.

1918–1933: Durch die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg steigt der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft enorm. Juden werden vielerorts aus rassistischen Gründen attackiert.

Nationalsozialismus

30. Januar 1933: Machtantritt der Nationalsozialisten, Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. In Deutschland leben zu diesem Zeitpunkt etwa 500.000 Juden.

28. Februar 1933: Der Reichstagsbrand am 27. Februar wird zur Verfolgung politischer Gegner instrumentalisiert (Erlass der Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, mit der zahlreiche Grundrechte wie Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit aufgehoben werden).

24. März 1933: Entmachtung des Reichstags durch das „Ermächtigungsgesetz“; SA geht landesweit mit brutalem Terror gegen politische Gegner, Geistliche und Juden vor.

1. April 1933: Reichsweit orchestrierter Boykott gegen jüdische Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien. Am 7. April Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums“. Massenhafte Entlassungen von „Nichtariern“ aus dem öffentlichen Dienst. Zudem finden in ganz Deutschland „wilde Säuberungen“ statt, bei denen Juden aus ihren Berufen gedrängt werden. Beginn einer ersten jüdischen Emigrationswelle.

Sommer 1933: Gründung des „Kulturbunds deutscher Juden“ in Berlin als Selbsthilfeorganisation für hunderte arbeitslose jüdische Schauspieler und Musiker, die Opernabende, Theateraufführungen und Konzerte für ein ausschließlich jüdisches Publikum veranstalten („geschlossene Veranstaltungen“). Der Kulturbund wird von den NS-Behörden streng überwacht und wird vom Regime gegenüber dem Ausland zur Verschleierung der antisemitischen Maßnahmen instrumentalisiert. In ganz Deutschland entstehen bis Mitte 1934 Ableger des Kulturbunds.

22. September 1933: Beginn der Tätigkeit der *Reichskulturkammer* mit den Sektionen Film, Theater, Bildende Kunst, Musik, Presse und Rundfunk. Sie steht unter der Leitung des Propagandaministers und hat die Aufgabe war es, die Kulturpolitik des Reiches zu kontrollieren und zu lenken.

September 1935: Einführung der „Nürnberger Gesetze“, die u.a. festlegen, wer als Jude zu gelten hat, und Juden zu Bürgern weiter Klasse degradieren. Zudem Verbot der Ehe zwischen Juden und „Ariern“.

1936–1937: Während der Olympiade in Berlin 1936 scheinbarer Rückgang der Judenverfolgung. Tatsächlich werden Juden nun systematisch aus ihren Berufen und der Öffentlichkeit gedrängt, zahlreiche Betriebe werden zwangsweise „arisiert“, ihre jüdischen Besitzer enteignet.

9. November 1938: Eskalation der antisemitischen Gewalt. In ganz Deutschland werden Synagogen in Brand gesteckt sowie jüdische Geschäfte und Einrichtungen verwüstet. Knapp hundert Juden werden ermordet, tausende jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt, misshandelt und in die Emigration getrieben. Der Kulturbund wird in Berlin und anderen größeren Städten vorübergehend, andernorts dauerhaft verboten. Juden ist es fortan nicht mehr gestattet, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

1. September 1939: Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen. In den besetzten Gebieten wird die jüdische Bevölkerung unnachgiebig verfolgt und in Ghettos und Konzentrationslagern inhaftiert.

Juni 1941: Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion läutet den Beginn der planmäßigen Ermordung der Juden in Europa ein. Die konkrete Umsetzung des als „Endlösung der Judenfrage“ getarnten Plans erfolgt auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942. Beginn massenhafter Deportationen in die Lager im Osten.

Beginn 1943: Zunehmend Bombenangriffe auf größere deutsche Städte (**Juli 1943:** Luftangriffe auf das Ruhrgebiet, „Battle of the Ruhr“). **10. Oktober 1943:** Bombenangriff auf Münster.

Oktober 1944: Die Kämpfe erreichen das deutsche Reichsgebiet. Bereits im **September** werden alle Theater im Reich geschlossen, die Kulturschaffenden bis auf wenige Ausnahmen zum Kriegs- und Rüstungseinsatz eingezogen.

Ende März 1945: Alliierte Truppen erreichen Westfalen und nehmen es am **7. April 1945** ein. Im April folgen Kämpfe bei Lippstadt und weiter nach Osten. Der Zweite Weltkrieg endet in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation am **8. Mai 1945**.

Ausblick

Schätzungen zufolge wurden etwa 3.000 jüdische Musikerinnen und Musiker durch die Nationalsozialisten ermordet, mehr als 5.000 flohen ins Exil. Die tatsächliche Anzahl der Opfer des Nationalsozialismus wird jedoch für immer unbekannt bleiben.

Die ehemaligen jüdischen Gemeinden sind in Deutschland nahezu vollständig zerstört. Die meisten der rund 200.000 Juden, die aus den Vernichtungslagern befreit wurden, leben als sogenannte „Displaced Persons“ in Notlagern, wo sie auf die Rückreise in ihre Heimat bzw. die Ausreise auf Deutschland warten.

Die Militärbehörden der britischen Besatzungszone veröffentlichen **1946** erste Statistiken. Danach leben zu diesem Zeitpunkt im Gebiet des heutigen NRW 2.494 Juden, unter ihnen 53 Kinder unter 16 Jahren. Fast alle Überlebenden sind deutsche Juden, deren Heimat vor der Shoah im Rheinland oder in Westfalen gewesen war.